

SPD UB-Parteitag 23.04.2014

Antrag

Landespolitik

L 1

Datum

23.3.2016

Antragsteller

Jusos

Titel

Ehrenamt aufwerten

1
2 Für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist der solidarische Einsatz von Menschen für soziale,
3 karitative, kulturelle, generell gemeinnützige Belange unersetzlich. Damit stellt das Ehrenamt
4 einen Grundpfeiler unserer Gesellschaft dar. Gegenwärtig zeigt der solidarische Einsatz vieler
5 Menschen für Geflüchtete beispielhaft wie wichtig ehrenamtliches Engagement ist. Denn das
6 gemeinsame Engagement kann auch Gemeinschaft über unterschiedliche kulturelle oder
7 soziale Herkunft und Generationen hinaus stiften. Diese Funktion kann das gemeinschaftliche
8 Engagement nur einnehmen, wenn es allen Bevölkerungsschichten ermöglicht wird, Teil dieses
9 Engagements zu sein.

10
11 Schuldenbremse und schwarze Null haben die Kommunen finanziell in die Knie gezwungen,
12 sodass sie den vielen grundlegenden Aufgaben des Zusammenlebens nicht mehr gerecht
13 werden können. Dieser Trend hat dazu geführt, dass immer mehr kommunale Aufgaben auf
14 die Schultern von Ehrenamtlichen geladen wurden. Diese Tendenz ist so gut wie überall zu
15 beobachten und nicht hinzunehmen. Ehrenamt ist kein Ersatz für professionelle Arbeitsplätze.
16 Zukunft gibt es eben nicht für lau. Nichts desto trotz handelt es sich dabei um Leistungen für
17 die Gesellschaft, die jedoch nicht mit der Erwerbsarbeit gleichzusetzen sind. Aus diesem Grund
18 kann Anerkennung dieser Tätigkeiten im Normalfall nicht monetär erfolgen. Auch die
19 Zertifizierung von Fähigkeiten, die im Ehrenamt erlangt wurden, sind keine adäquate bzw.
20 ausreichende Möglichkeit der Wertschätzung, da sie oft lediglich für Wirtschaft und Lebenslauf
21 nutzbar gemacht werden und der sozialen Idee des Ehrenamtes an sich dadurch nicht gerecht
22 werden.

23
24 Vielmehr sollte das Ehrenamt durch Anerkennung seitens der Gesellschaft und ihrer Strukturen
25 aufgewertet werden. Eine hervorragende Möglichkeit ist dabei die Ehrenamtcard, die in NRW
26 als „Ehrensache“ bekannt ist. Unter anderem bietet die Ehrenamtcard vergünstigte Tarife für
27 Museen, Bäder oder Fahrschulen. Das Angebot ist jedoch von Kommune zu Kommune
28 unterschiedlich. Das finden wir keinesfalls weitreichend, offensiv und angemessen genug. Wir
29 fordern, dass die Angebote der Ehrenamtcard von allen Kommunen in NRW bereitgestellt
30 werden und NRW-weit gelten, so dass die Karte einer*s Bonner Einwohnerin*s beispielsweise
31 auch in Münster gilt. Die Karte soll Vergünstigungen flächendeckend und für alle kommunalen
32 Angeboten wie beispielsweise Schwimmbäder, Museen oder Theater bieten. Gerade die
33 kostenlose Nutzung des ÖPNV soll mit der Karte möglich sein. Weiterreichendes Ziel ist es, dass
34 dieses System nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch bundesweit etabliert wird.
35 Darüber hinaus muss die Aushändigung und Beantragung der Karte vereinfacht und bekannter
36 gemacht werden, indem die Kommune in allen öffentlichen Ämtern Informationen dazu
37 mitgibt oder an die Einwohner*innen versendet. Hilfreich kann dabei auch eine zu schaffende
38 Koordinierungsstelle für das Ehrenamt in jeder Kommune sein, die Menschen in ihrem
39 ehrenamtlichen Engagement unterstützt. Sie hilft den Vereinen auch bei der Qualifikation der
40 ehrenamtlich Tätigen, wobei dies durch die finanzielle Unterstützung des Landes ermöglicht
41 werden muss.

42

SPD UB-Parteitag 23.04.2014

Antrag		Landespolitik	L 1
Datum	23.3.2016		
Antragsteller	Jusos		
Titel	Ehrenamt aufwerten		

43
44 Neben des Ausbaus der Ehrenamtskarte, fordern wir auch, dass bezahlter Sonderurlaub im
45 Umfang von 12 Tagen pro Jahr für die Ausübung jeglichen Ehrenamtes von
46 Arbeitnehmer*innen genommen werden kann. Die Übernahme der Gehaltskosten wird durch
47 die Unternehmen selbst oder den Staat geleistet. Ein Indikator sollte die Größe des
48 Unternehmens sein. Durch diese und weitere Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass alle
49 Menschen die Möglichkeit wahrnehmen können, sich ehrenamtlich zu engagieren.
50

51 Kommunalpolitik wird fast ausschließlich von ehrenamtlichen Mandatsträger*innen gemacht.
52 Wir begrüßen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Kommunales Ehrenamt" des nordrhein-
53 westfälischen Landtags und fordern ebenso, dass die Ausstattungen der kommunalen
54 Fraktionen verbessert und vereinheitlicht werden. So können die Fraktionsarbeit
55 professionalisiert und die Mandatsträger*innen entlastet werden. Außerdem sollten die
56 Aufwandsentschädigungen für das kommunale Ehrenamt erhöht werden. Der Bund steht in
57 der Pflicht, die Anrechnungsgrenzen im Rahmen des SGB II oder anderer
58 Versorgungsregelungen im Hinblick auf Aufwandsentschädigungen anzuheben. Nur so kann
59 gewährleistet werden, dass auch Arbeitssuchende oder sogenannte "Aufstocker*innen" ein
60 kommunales Ehrenamt ausüben können.
61

62 Darüber hinaus ist es unerlässlich, dass die Arbeit, die für die Gemeinschaft im Ehrenamt
63 geleistet wird, auch bei der Rente als diese geleistete Arbeit anerkannt wird. Wir fordern daher
64 die Anrechnung der ehrenamtlichen Tätigkeit auf die Rente.
65

66 Durch diese Maßnahmen werden nicht nur Unternehmen an der Förderung des
67 ehrenamtlichen Engagements beteiligt, sondern auch die gesellschaftliche Anerkennung dafür
68 gesichert, dass sich Menschen für andere und die Gesellschaft insgesamt einsetzen. Dies ist
69 unabdingbar für den Zusammenhalt einer solidarischen Gemeinschaft - und nur in der wollen
70 wir leben!
71

Beschluss: Annahme

Weiterleitung an den Landesparteitag

72